

DER POLITISCHE GASTBEITRAG

Die asiatischen Risiken

Die Stabilisierung Afghanistans hat Priorität, aber auch andere Sicherheitsfragen verdienen Beachtung
HB, 06.09.2007, S.8

Eine Woche lang beschäftigt sich die Botschafterkonferenz, das wichtigste Diskussionsforum der deutschen Diplomatie, mit dem „Aufstieg Asiens“. Das ist angemessen: Südost-, Ost- und Südasiens werden auf absehbare Zeit die Weltregion mit der größten Wirtschaftsdynamik bleiben. In Afghanistan ist Deutschland mit einem militärischen Auslandseinsatz tätig, der gleichzeitig einen Test für den Zusammenhalt des westlichen Bündnisses darstellen könnte. Zudem sind die regionalen Institutionen Asiens wenig darauf vorbereitet, eigenständig Konflikte zu bewältigen. Das lädt externe Akteure ein, regional für Sicherheit zu sorgen.

Europa hat sich in den vergangenen Jahren vor allem mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Asiens beschäftigt. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen hat es dagegen wenig diskutiert. Doch in Asien treten nahezu alle denkbaren Risiken gleichzeitig auf. Das macht eine Prioritätensetzung schwierig: Es würde nicht reichen, nur Nordkoreas Atomwaffen oder die Stabilisierung Afghanistans auf die Agenda zu setzen und sich andere Konflikte und Risiken später vorzunehmen.

In Asien mischen sich Großmachtrivalitäten, geopolitische Ambitionen verschiedenster Akteure, konventionelle Aufrüstung und nukleare Proliferation sowie Rohstoff- und Energiekonkurrenz. Die Proliferationsrisiken gehen primär von Nordkorea und Pakistan aus, fast alle anderen Risiken verbinden sich mit dem Aufstieg Chinas und Indiens.

Die Volksrepublik kann noch so oft davon sprechen, dass ihr Aufstieg ein friedlicher sei – er macht anderen gleichwohl Sorge. Das gilt einerseits für Japan und jene kleineren Staaten Südasiens, die sich nicht zum „bandwagoning“, zur sicherheitspolitischen Trittbrettfahrt bei den Großen, entschlossen haben. Andererseits sind es die USA, die mit Blick auf die Aufrüstung Chinas über die geopolitischen Konsequenzen beunruhigt sind: China wolle die USA aus dem Pazifik und, gemeinsam mit Russland, aus Zentralasien heraushalten. In Washington und Beijing hält man einen militärischen Konflikt über Taiwan für möglich. Die Großmachtrivalität verbindet sich mit strittigen Territorialfragen, sozialen und demografischen Problemen und neuen Nationalismen.

Der Energiehunger Chinas und Indiens bereitet im Vergleich eher wenig Sorge. Ja, China und Indien betreiben eine neo-merkantilistische Politik und unterlaufen dabei häufig politische Ziele Europas oder der USA, vor allem, was Menschenrechte und Demokratieförderung betrifft. Die Verantwortungsbereitschaft gerade Chinas dürfte aber wachsen, weil man zunehmend sieht, dass schlechte Regierungsführung in Partnerländern die eigenen Interessen beeinträchtigt. Und die europäischen, multilateralen Ansätze, die sich etwa in der Energiecharta oder der Internationalen Energieagentur niederschlagen, werden für die energiehungrigen asiatischen Aufsteiger immer interessanter. China betrachtet den Multilateralismus als Element der Stabilisierung eines internationalen Systems, das es nicht mehr revolutionieren, sondern zu erhalten und aktiv zu nutzen sucht.

Die Sechsergespräche über das Atomprogramm Nordkoreas sind ein Beispiel dafür, dass externe Akteure einzelne Probleme in Kooperation mit Regionalmächten behandeln können. Mittelfristig bedarf es jedoch einer regionalen Sicherheitsarchitektur, die eigene Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung schafft. Die Kooperation der Asean-Staaten oder die von Russland und China dominierte Shanghai Organisation for Cooperation (SOC) bieten Anknüpfungspunkte für die EU.

Sowohl China als auch Indien verfügen über die Möglichkeiten, um eine robuste Macht- und Balancepolitik zu betreiben. Das demokratische Indien fühlt sich zudem ermutigt, ähnlich wie die USA notfalls außerhalb eines internationalen Konsenses zu agieren. Japan propagiert ein geopolitisches Bündnis mit anderen asiatischen Demokratien unter dem schönen Titel „Arc of Freedom and Prosperity“.

Zu den Grundsätzen eines aktiven sicherheitspolitischen Engagements Deutschlands und der EU gehört es, an eigene Erfahrungen angelehnte Modelle regionaler Ordnung aktiv zu fördern, wo das gefragt ist. Gleichzeitig ist darauf zu achten, den USA nicht in den Rücken zu fallen, etwa bei der Frage des Waffenembargos gegen China. Europäische Staaten sollten dabei versuchen, regionale Blockkonfrontationen zu vermeiden, selbst also nicht an der Konstruktion neuer Allianzen teilzunehmen, sondern regionale Integration und Kooperation von außen zu fördern. Weiterhin steht es Europa besser an, statt eines aggressiven Demokratieexports Hilfe bei der Öffnung von autoritären Systemen anzubieten. Dazu gehören auch Trainingsangebote für Militär und Sicherheitskräfte, wenn es um Fragen wie etwa die zivile Kontrolle der Streitkräfte geht. Grundsätzlich gilt aber auch, dass die EU-Staaten ihr „hartes“ sicherheitspolitisches Engagement stark konzentrieren müssen.

Stabilisierung und Wiederaufbau Afghanistans haben hier Priorität. Gleichzeitig muss Europa zeigen, dass es sich der Bedeutung anderer asiatischer Sicherheitsfragen bewusst ist. Dies gilt für einen möglichen militärischen Konflikt über Taiwan, für Proliferationsfragen, oder für die maritime Sicherheit. Gerade bei Letzterer ist auch eine verstärkte, aktive Sicherheitskooperation mit den Staaten Südostasiens denkbar. Schließlich wird der größte Teil des europäischen Handels mit Asien durch die gefährdeten Meerengen dieser Region transportiert. Und europäische Marineeinheiten könnten als Kooperationspartner für die souveränitätsbewussten Staaten Südostasiens eher akzeptabel sein als eine Sicherung dieser Gewässer durch die 7. US-Flotte oder Seestreitkräfte der neuen asiatischen Großmächte China und Indien.

Volker Perthes